



Verwaltungsgebührensatzung

(in der Fassung des I. Nachtrages vom 05.11.2009)

**Anhang:
Verwaltungsgebühren im Bereich des Steueramtes**

Verwaltungsgebührensatzung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Flörsheim am Main hat in ihrer Sitzung am 05.11.2009 den I. Nachtrag zur Satzung über das Erheben von Verwaltungsgebühren beschlossen, die auf folgende Rechtsgrundlagen gestützt wird:

§§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2007 (GVBl. I S. 757),

§§ 1 bis 5 a, 9 und 10 des Hessischen Gesetzes über Kommunale Abgaben (HessKAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2005 (GVBl. I S. 54),

in Verbindung mit § 2 Abs.1 Satz 2, §§ 4 bis 7 und 9 bis 13 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.01.2004 (GVBl. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.06.2009 (GVBl. I S. 171).

§ 1 Gebührenpflichtige Amtshandlungen

1. Für einzelne Amtshandlungen in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse einzelner vorgenommen werden, werden aufgrund dieser Verwaltungsgebührensatzung in Verbindung mit dem jeweils gültigen Gebührenverzeichnis zur Verwaltungsgebührensatzung Verwaltungsgebühren erhoben.
2. Gebühren, die aufgrund von Gesetzen und anderer auch gemeindlicher Rechtsvorschriften erhoben werden, namentlich Benutzungsgebühren, bleiben von dieser Satzung unberührt.
3. Für Amtshandlungen in Weisungsangelegenheiten gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungskostengesetzes.

§ 2 Gebührenfreie Amtshandlungen

Gebührenfrei sind Amtshandlungen, die

1. überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden oder
2. von einer Behörde in Ausübung der öffentlichen Gewalt veranlaßt werden, es sei denn, daß ein Dritter die Amtshandlung mittelbar veranlaßt hat.

§ 3 Gebührenfreiheit

1. Von der Entrichtung von Verwaltungsgebühren sind befreit:
 1. die Bundesrepublik Deutschland, ihre Länder sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts, welche nach deren Haushaltsplänen für ihre Rechnung verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind.
 2. Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben,

3. Gemeinden und Gemeindeverbände in Sozialhilfe-, Schul-, Jugendwohlfahrts- (Jugendfürsorge und Jugendpflege), kirchlichen und verkehrstechnischen Angelegenheiten,
 4. Hochschulen, Studentenschaften, Forschungseinrichtungen und Studentenwerke, die die Rechtsstellung einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts haben; andere Einrichtungen, die wissenschaftlichen oder Unterrichts- und Erziehungszwecken dienen und als gemeinnützig anerkannt sind,
 5. freie Wohlfahrtsverbände,
 6. staatliche Treuhandstellen für das Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen (Heimstätten) als Organe der staatlichen Wohnungspolitik und Wohnungsunternehmen, die als gemeinnützig anerkannt sind,
 7. in Angelegenheiten gemäß Ziffer 1301 der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen werden keine Auslagen im Zusammenhang mit Beglaubigungen, Bescheinigungen erhoben.
2. Befreiungen und Ermäßigungen, die auf besonderen gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleiben unberührt.

§ 4 Gebühren in besonderen Fällen

1. Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, so wird keine Gebühr erhoben.
2. Wird ein Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung zurückgenommen, nachdem mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Amtshandlung aber noch nicht beendet ist oder wird ein Antrag aus anderen Gründen als wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder wird eine Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen, so ermäßigt sich die vorgesehene Gebühr um ein Viertel.
3. Die Stelle, welche die Gebühr festsetzt, kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

§ 5 Gebührengläubiger

Gebührengläubiger ist die Stadt Flörsheim am Main.

§ 6 Gebührenschuldner

1. Zur Zahlung der Gebühren ist verpflichtet,
 1. wer die Amtshandlung veranlaßt oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird,
 2. wer die Gebühren durch eine vor der zuständigen Behörde abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Bührensschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
2. Mehrere Bührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Gebührenbemessung

1. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem anliegenden Gebührenverzeichnis zur Verwaltungsgebührensatzung.

2. Soweit die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes berechnet wird, ist der Wert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Wert ist auf Verlangen nachzuweisen. Die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes beträgt mindestens 0,50 EURO. Die Gebühr steigt in Stufen von je 0,25 EURO; dabei werden Centbeträge über 0,10 EURO nach oben, Centbeträge bis zu 0,10 EURO nach unten auf volle 0,25 EURO gerundet.

§ 8 Rahmengebühren

Bei Amtshandlungen, für die in dem Gebührenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, ist die Gebühr zu bemessen

1. nach der Bedeutung des Gegenstandes und dem wirtschaftlichen Nutzen für die Beteiligten,
2. nach der mit der Vornahme der Amtshandlung verbundenen Mühewaltung und
3. nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Gebührenschuldners.

§ 9 Pauschgebühren

Die Gebühr für regelmäßig wiederkehrende Amtshandlungen kann auf Antrag für einen im voraus bestimmten Zeitraum, jedoch nicht für länger als ein Jahr, durch einen Pauschbetrag abgegolten werden. Bei der Bemessung des Pauschbetrages ist der geringere Umfang der Verwaltungsarbeit zu berücksichtigen.

§ 10 Auslagen

Werden bei einer Amtshandlung besondere bare Auslagen notwendig, so sind sie zu erstatten, auch wenn die Amtshandlung gebührenfrei bleibt. Für die Erhebung der Auslagen gelten die Vorschriften über die Gebührenerhebung entsprechend.

§ 11 Kostenentscheidung

1. Die Kosten (Gebühren und Auslagen) werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Kosten soll – soweit möglich – zusammen mit der Sachentscheidung ergehen.
2. Aus der Kostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen:
 1. die kostenerhebende Behörde,
 2. der Kostenschuldner,
 3. die kostenpflichtige Amtshandlung,
 4. die als Gebühren und Auslagen zu zahlende Beträge,
 5. wo, wann und wie die Gebühren und die Auslagen zu zahlen sind.
3. Die Kostenentscheidung kann mündlich ergehen, sie ist auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, ist auch die Rechtsgrundlage über die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.

§ 12 Entstehen – Fälligkeit – Säumnis

1. Die Gebührenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der zuständigen Behörde, im übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung. Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
2. Die Gebühren werden mit Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Schuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt. Sie können durch Postnachnahme auf Kosten der Schuldner erhoben werden.

§ 13 Zahlung – Zahlungsverzug

1. Die Gebühren und Auslagen sind an die in der Kostenentscheidung genannten Zahlstelle zu entrichten. Die Entgegennahme von Kosten geschieht unter Verwendung von Gebührenstemplern, Gebührenmarken oder Quittungen, die auf die kostenpflichtigen Schriftstücke aufzukleben und zu entwerfen sind, sofern in Einzelfällen keine andere Form angeordnet wird.
2. Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.
3. Mit Ablauf eines Monats nach Fälligkeit kann die Stadt Flörsheim am Main einen Säumniszuschlag von 1 v.H. des rückständigen Betrages für jeden angefangenen Monat erheben, wenn dieser 50,00 EURO übersteigt.

§ 14 Stundung, Niederschlagung und Erlaß

Für die Stundung, die Niederschlagung und den Erlaß von Gebührenforderungen gelten gemäß § 4 Abs. 1 Nrn. 5a und 6 KAG die §§ 222, 227 Abs. 1 und 261 Abgabenordnung.

§ 15 Vollstreckung

Rückständige Gebühren, die nach dieser Gebührensatzung erhoben werden, unterliegen der Beitreibung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nach den Bestimmungen des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes vom 04.07.1966 (GVBl. I, S. 151), in der jeweils gültigen Fassung.

§ 16 Zuwiderhandlung

1. Gemäß § 5 KAG wird wegen Abgabenhinterziehung mit Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines anderen
 1. einer Gemeinde oder einem Landkreis über Tatsachen, die für die Erhebung oder Bemessung von Abgaben erheblich sind, unrichtige oder unvollständige Angaben macht;

2. eine Gemeinde oder einen Landkreis pflichtwidrig über abgabenrechtlich erhebliche Tatsachen in Unkenntnis läßt.

Der Versuch ist strafbar.

2. Ordnungswidrig handelt gemäß § 5a KAG, wer als Abgabepflichtiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Abgabepflichtigen eine der im Abs. 1 bezeichneten Taten leichtfertig begeht (leichtfertige Abgabenverkürzung).
Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 1. Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind oder
 2. den Vorschriften einer Abgabensatzung zur Sicherung oder Erleichterung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung oder Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Vorlegung von Gegenständen oder zur Erhebung und Abführung von kommunalen Abgaben zuwiderhandelt und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).

Die Ordnungswidrigkeit kann durch eine Geldbuße bis zu 10.000,00 EURO geahndet werden.

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

§ 17 Rechtsbehelf

Gegen die Erhebung von Gebühren aufgrund dieser Verwaltungsgebührensatzung sind die Rechtsbehelfe nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung gegeben. Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen die Heranziehung zu Gebühren nach dieser Gebührenordnung wird die Verpflichtung zur Zahlung nicht aufgehoben.

§ 18 Inkrafttreten und Aufhebung bisheriger Vorschriften

Die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Flörsheim am Main in der Fassung des I. Nachtrages tritt mit Wirkung zum 01.01.2010 in Kraft.
Mit dem gleichen Tag tritt die Satzung über das Erheben von Verwaltungsgebühren der Stadt Flörsheim am Main vom 01.07.1994 außer Kraft.

Flörsheim am Main, den 05.11.2009

Der Magistrat der Stadt Flörsheim am Main

gez.
Michael Antenbrink
Bürgermeister

Gebührenverzeichnis ^{*(1)}

Für folgende Amtshandlungen oder Verwaltungstätigkeiten werden folgende Gebühren erhoben:

Nr.	Gegenstand	EURO
1	Abschriften, Auszüge, Ausfertigungen, Auskünfte, Duplikate und Ersatzurkunden	
a)	Abschriften oder Auszüge aus Akten, öffentlichen Verhandlungen, amtlich geführten Büchern, Registern, Statistiken, Rechnungen u.ä. für jede angefangene Seite	2,50
	Bei schwierigen Abschriften und Auszügen, z.B. bei fremdsprachlichem oder wissenschaftlichem Inhalt, tabellarischen Aufstellungen und schwer lesbaren Texten kann die Gebühr für jede angefangene Seite erhöht werden bis auf	5,00
b)	Für Ausfertigungen und Nebenausfertigungen von Schriftstücken, soweit nicht eine besondere Gebühr zu entrichten oder Gebührenfreiheit gegeben ist, wird neben der Gebühr für die Abschrift oder den Auszug eine Beglaubigungsgebühr (Gebührenverzeichnis Nr. 2) erhoben	
c)	Schriftliche Auskünfte aus amtlichen Registern	5,00 bis 250,00
d)	Zweitstücke von Urkunden über gebührenpflichtige Amtshandlungen (Bescheid, Genehmigung, Erlaubnis, Zulassung u.ä.), soweit nichts anderes bestimmt ist, ¼ der für die Amtshandlung erhobenen Gebühr, mindestens	2,50
e)	Durchschriften, je angefangene Seite	0,50
f)	Bei Vervielfältigungsarbeiten mit Druck- und ähnlichen Maschinen wird die Gebühr nach Umfang und Schwierigkeit der Leistung sowie nach Zeit- und Sachaufwand berechnet	
g)	Fotokopien	
	DIN A 3 je Seite	0,80
	DIN A 4 je Seite	0,50
	DIN A 5 je Seite	0,50

^{*(1)} Gebührenverzeichnis in der Fassung des I. Nachtrages zur Verwaltungsgebührensatzung vom 05.11.2009

Nr.	Gegenstand	EURO
	h) Lichtpausen	
	DIN A 4 je Seite	5,00
	DIN A 3 je Seite	5,00
	DIN A 2 je Seite	5,00
	DIN A 1 je Seite	5,00
	DIN A 0 je Seite	10,00
	Für größere Formate als DIN A 0 wird die Gebühr bei Zugrundelegung eines Quadratmeterpreises von berechnet	10,00
	i) Ausfertigung von Ersatzhundemarken je Stück	5,00
	Für die auf besonderen Antrag erteilten Abschriften, Auszüge, Ausfertigungen usw. werden in Fällen der Gebührenfreiheit der Amtshandlung die Gebühren als Auslagen erhoben.	
2	Beglaubigungen, Bescheinigungen	
	a) Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen	2,50
	b) Beglaubigungen von Abschriften, Fotokopien usw. je Seite	0,50
	je Urkunde (mehrseitig)	2,50
	in allen anderen Fällen je Seite	1,00
	je Urkunde (mehrseitig)	5,00
	c) Bescheinigungen einfacher Art	2,50
	bei besonderer Mühewaltung	5,00 bis 25,00
	Bescheinigungen gemäß § 24 BauGB	15,00
	über den Grundstückswert	2,50
	über die Abtretung von Straßenland, Straßenausbau, Erschließungsbeiträge, Wasser- und Kanalanschluß- beiträge	2,50
	Gebührenfrei sind Beglaubigungen und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten: Arbeits- und Dienstleistungen, Besuch von Schulen und Lehranstalten, Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen, Gesuche hilfsbedürftiger Personen und Gnaden- und Fürsorgesachen.	

Nr.	Gegenstand	EURO
3	Öffentliche Verwahrung	
	Für die öffentliche Verwahrung bei Sachen	
	im Wert von 2,50 bis 25,00 EURO	0,50
	im Wert von 25,50 bis 50,00 EURO	1,50
	im Wert ab 50,50 EURO (vom Wert 3 %)	
	für Fahrräder	
	pro Tag	0,50
	mindestens 5,00 EURO	
	für Krafträder einschl. Mofas	
	pro Tag	1,30
	mindestens 5,00 EURO	
	für Personenkraftwagen oder deren Anhänger	
	pro Tag	2,50
	mindestens 5,00 EURO	
	für Lastkraftwagen oder deren Anhänger	
	pro Tag	5,00
	mindestens 10,00 EURO	
4	Genehmigungen	
	a) Genehmigungen, Erlaubniserteilungen, Ausnahmegewilligungen und andere auf Veranlassung oder im überwiegenden Interesse der Beteiligten vorgenommene Amtshandlungen, soweit nicht Gebührenfreiheit oder eine andere Gebühr vorgeschrieben ist	
	in Fällen einfacher Art	1,00 bis 25,00
	b) in Fällen von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung	25,00 bis 250,00
5	Buchungsgebühren für die Sporthallen	
	Die Überlassung der Sporthallen (Goldbornhalle, Weilbachhalle, Schulsporthallen) an die Flörsheimer Sportvereine erfolgt für sportliche Zwecke abweichend von den Richtlinien für die Festsetzung von Mieten für Stadthalle, Weilbachhalle, Goldbornhalle, Flörsheimer Keller, Güterschuppen und für weitere städtischen Veranstaltungseinrichtungen der Stadt Flörsheim am Main mietfrei. Sportliche Zwecke sind regelmäßiges Training, Punktspiele sowie Turniere. Für die Buchung/Reservierung der Termine wird eine Gebühr pro gebuchtem Termin erhoben. Dies gilt auch, wenn die Buchung storniert wird."	3,50

Anhang

Verwaltungsgebühren aus dem Bereich des Steueramtes; Umstellung auf den EURO

Beschluß:

Der Magistrat beschließt, im Bereich des Steueramtes aufgrund des Verwaltungs-kostenverzeichnisses des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landes-entwicklung vom 21.12.2001 Gebühren wie folgt zu erheben:

	ab 01.01.2002:	vorher
Auskunft aus dem Gewerberegister	10,00 Euro	15,00 DM
Empfangsbescheinigung für Gewerbean-, -um- und – abmeldungen (§ 15 Abs. 1 Gewerbeordnung)	17,50 Euro	35,00 DM
Reisegewerbekarte (§ 55 Gewerbeordnung)		
Für 3 Jahre	50,00 Euro	100,00 DM
Verlängerung	50,00 Euro	100,00 DM
Für 5 Jahre	100,00 Euro	200,00 DM
Verlängerung	75,00 Euro	150,00 DM
Unbefristet	250,00 Euro	500,00 DM
Verlängerung	200,00 Euro	400,00 DM
Zweitschrift einer Reisegewerbekarte (§ 55 i.V.m. § 60c Abs. 2 Gewerbeordnung)	35,00 Euro	70,00 DM
Nachträge (z.B. Ergänzung der Handelsgegenstände)	25,00 Euro	50,00 DM